Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 60 (1980)
Heft: 1

Artikel: Das Bedrohungsspektrum
Autor: Däniker, Gustav
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163628

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GUSTAV DÄNIKER

Das Bedrohungsspektrum

Krieg, so definiert der Soziologe Gaston Bouthoul, ist ein bewaffneter, blutiger Kampf zwischen organisierten Gruppen. Frieden, so könnte man daraus folgern, die Abwesenheit solcher Kämpfe. Diese Negativ-Definition genügt indessen den heutigen Verhältnissen nicht mehr. Der Kampf zwischen Staaten kann auch in seinen unblutigen Formen ein Ausmass annehmen, dass die Ziele, die es zu verfolgen gilt, wie Unabhängigkeit und Selbstbestimmung und die Werte, die man verteidigen will, wie Kultur, Recht und soziale Wohlfahrt, aufs schärfste gefährdet sind. Sicherheit und Sicherheitspolitik werden deshalb seit einiger Zeit nicht nur im militärischen Kontext gesehen. Es geht darum, sich gegen jede Art von Bedrohung zu behaupten. Nicht einmal der Umstand, ob diese Bedrohung aus böser Absicht entsteht oder sich aus allgemeinen Entwicklungen ergibt und sich indirekt auswirkt, ist erheblich.

Dennoch wäre es falsch, das ganze Bedrohungsspektrum pauschal zu werten oder gar dessen einzelne Elemente gleich zu gewichten. Ein politisch-psychologischer Angriff auf ein Gesellschaftssystem bringt Unruhe, eine Wirtschaftsblockade unter Umständen äussert unangenehme Verknappungen und in der Folge soziale Unrast, aber ein kriegerischer Angriff fordert blutige Opfer nicht nur unter Soldaten, sondern unter der ganzen Bevölkerung; er tötet Frauen und Kinder. Er kann das, was über Jahrzehnte, ja Jahrhunderte aufgebaut worden ist, innert Sekunden und Minuten zerstören. Der Qualitätsunterschied zwischen militärischer Kriegführung und anderen Formen der Auseinandersetzung, selbst wenn diese mit sektorieller oder punktueller Gewaltanwendung gemischt sind, ist unübersehbar. Die Verhinderung eines solchen militärischen Krieges ist daher ein Ziel an sich.

Zu dieser Betrachtung wird herausgefordert, wer heute sogar bei Fachleuten der Sicherheitsproblematik darauf stösst, dass gewisse Bedrohungsformen überproportional in den Vordergrund geschoben werden. Gegenüber nichtkriegerischen Bedrohungen, zum Beispiel denjenigen durch missbrauchte Macht multinationaler Gesellschaften, um das beliebteste Modebeispiel zu nennen, besteht eine ungleich grössere Handlungs- und Reaktionsfreiheit, selbst in einem Kleinstaat mit liberaler Wirtschaftsordnung, als gegenüber einem brutal geführten Angriff einer modern ge-

rüsteten Invasionsarmee. Man hat in der Regel Zeit und eine Reihe Auswegmöglichkeiten, die man im letzteren Falle nur in ganz beschränktem Masse besitzt.

So scheint es denn gerechtfertigt, die militärische Seite der Bedrohung und die entsprechenden Reaktionen wieder einmal für sich allein ins Auge zu fassen.

*

Sicherheit vor militärischen Angriffen im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert ist ein derart komplexes Problem geworden, dass die Behauptung, sie sei im nationalstaatlichen Rahmen überhaupt nicht mehr zu gewährleisten, allenthalben Zustimmung findet. Doch darf man die Dinge nicht zu absolut sehen. Schon seit geraumer Zeit gibt es nur ganz wenige Staaten, die ihre Selbstbehauptung autark betreiben können. Sehr oft musste zu Kriegsbündnissen Zuflucht gesucht werden, und sehr oft war die erfolgreiche Selbstbehauptung lediglich das Ergebnis günstiger strategischer Randbedingungen.

Auf solche Randbedingungen ist auch heute der grösste Teil der Nationalstaaten angewiesen. Nicht einmal Bündnisse würden sie schützen, wenn nicht auf der obersten strategischen Ebene, auf jener Ebene, auf der sich die Supermächte mit Fernwaffen und Massenvernichtungsmitteln gegenübertreten, ein Gleichgewicht herrschen würde. Von ihm hängt, wenn nicht alles, so doch sehr vieles ab. Die Fähigkeit zur Vergeltung im sogenannten Zweiten Schlag ist unbestrittenermassen der Schlüssel zur Abschreckung. Ist sie auf beiden Seiten vorhanden, so bleibt die Gefahr, dass ein allgemeiner Atomkrieg ausbricht, auf ein relativ kleines Risiko beschränkt. Für die Sicherheit nicht nur der Akteure, sondern aller übrigen Staaten insgesamt ist damit schon etwas ganz Entscheidendes passiert.

Allerdings birgt auch die Stabilität im obersten strategischen Bereich eine ganze Reihe von Gefahren. Die wichtigste ist, dass das Gleichgewicht, das man hier begrüsst, die Instabilität auf den unteren strategischen Ebenen begünstigt. Wenn sich keine Supermacht erlauben kann, zum grossen Atomschlag auszuholen, weil sie mit einem vernichtenden Gegenschlag des überfallenen Feindes rechnen muss, dann geniesst derjenige militärische Handlungsfreiheit, der sich getraut, die zwangsläufige Zurückhaltung vor Atomschlägen auszunützen und gewillt ist, unter dieser Decke gegenseitiger Immobilität zu handeln.

Hier wiederum ist aber der einzelne Nationalstaat angesprochen. Er muss sich fragen, was die Stabilität auf der obersten strategischen Ebene für ihn bedeutet und welche Art Veränderungen im Kräfteverhältnis der

Supermächte welche Art von Reaktionen seinerseits herausfordern. Wahrscheinlich kommt dem SALT-II-Vertrag nicht die ausschlaggebende friedenssichernde Bedeutung zu, mit dem seine Ratifikation propagiert wurde, aber er besitzt insofern grösste Bedeutung, als mit der Festlegung eines gemeinsamen Plafonds von Superwaffen bei den Supermächten die fortdauernde Stabilität angestrebt wird. Die Kernfrage ist lediglich, ob die Zweitschlagfähigkeit jeder Seite erhalten bleibt oder nicht. Auf absoluter Überlegenheit der USA zu bestehen, ist aussichtslos; wichtig ist, dass sie von der Gegenseite strategisch nicht dominiert und damit erpresst werden können.

Der mittlere oder gar der kleinere Staat ist nun aber noch lange nicht sorgenfrei, auch wenn er die Fortdauer des Gleichgewichtszustandes zwischen den ganz Grossen feststellen kann. Er muss untersuchen, ob er nicht auf den anderen strategischen Ebenen, derjenigen des taktischen Atomkrieges oder des konventionellen Krieges, angegriffen werden könnte und was hier die besten Reaktionen beziehungsweise Präventionen sind.

Die natürlichste Reaktion ist selbstverständlich der Wunsch, den Schutzschild der atomaren Abschreckung möglichst bis zu den eigenen Grenzen hinunterzuziehen. Aber die leidenschaftliche Diskussion um die Doktrinen der «Massiven Vergeltung» und der «Abgestuften Antwort» wird ihm gezeigt haben, dass es auch im Atomzeitalter keine einfache und einheitliche Lösung aller Sicherheitsprobleme gibt. Nicht nur hat die Abschreckwirkung bereits im Koreakrieg und später in Vietnam versagt, als die USA noch ein ganz deutliches atomares Übergewicht besassen; der Wert der gegenseitigen Abschreckung wird mit zunehmender Angleichung der Potentiale mehr und mehr auf das bilaterale Verhältnis zurückgestuft. Die Frage lautet nicht mehr, schützt mich das strategische nukleare Gleichgewicht auch vor Angriffen geringerer Ausmasse, es tut es nicht, sondern lediglich, welche Möglichkeiten bieten sich, wenigstens von der Schutzwirkung der «flexible response» zu profitieren. Die Frage des «linkage», der ineinandergreifenden Mechanik nuklearer und konventioneller Rüstung und ihres Funktionierens in allen denkbaren Lagen tritt damit in den Vordergrund.

Die «Lösung» der NATO ist bekannt. Die strategischen Nuklearwaffen des Bündnisses werden mit den konventionellen Streitkräften durch die taktischen Nuklearwaffen zur strategischen Triade verbunden. Die Unsicherheit über den Einsatz der nuklear-taktischen Komponente stabilisiert insofern, als die mögliche Eskalation, und wäre ihre Wahrscheinlichkeit noch so klein, dazu zwingt, den vollständigen Untergang des Angreifers in Rechnung zu stellen.

Aber die Stimmen, die diesen taktischen Nuklearwaffen die Schutzwirkung absprechen, sind zahlreich. Man fabriziert Szenarios, aus denen klar hervorgeht, dass selbst ein Atomeinsatz in Europa nicht zwangsläufig zum grossen Atomkrieg unter Einbezug der USA und der UdSSR führen müsste. Ein stillschweigendes – oder gar ein vereinbartes (?) – Übereinkommen, dass die jeweiligen Mutterländer ausgespart bleiben sollen, während man sich auf dem Schlachtfeld «Europa» mit allen Mitteln auseinandersetzt, ist zumindest denkbar. Dass die Amerikaner derartige Zweifel an ihrer Bündnistreue unter anderem mit dem Hinweis auf ihre starke personelle Präsenz in Europa entrüstet zurückweisen, versteht sich. Sie sollten indessen für die Frage Verständnis haben, ob einem amerikanischen Präsidenten wirklich zuzumuten ist, um Europas willen sein ganzes Volk – und nicht nur wie in beiden Weltkriegen seine Truppen – aufs höchste zu gefährden.

Die Logik der atomaren Abschreckung dank lückenloser Verbindung kleinster Gefechtsfeldwaffen mit dem ganzen strategisch-atomaren Arsenal in Ehren; sie ist bestechend, aber es ist nur eine Logik, und erst noch eine, von der man nicht weiss, ob sie vom Gegenspieler geteilt wird.

Man kann es deshalb den verantwortlichen Militärs nicht verübeln, auch nach anderen Arten der Gewährleistung von Sicherheit zu suchen. Das ist nur ihre Pflicht. Und es ist verständlich, dass sie eine solche entlang der alten Formel «si vis pacem para bellum» zu finden hoffen. Dass «Kriegsverhütung» mittels der Fähigkeit zur «Kriegführung» erzielt werden kann, gilt auch im Atomzeitalter. «Abschreckung» ist das freilich nicht, aber «Abhaltung». Die Vergeltungsfähigkeit spielt hier keine Rolle, aber – wie General Beaufre schon vor zwanzig Jahren herausgearbeitet hat – die «Dämpfung von Siegeshoffnungen» beim potentiellen Gegner. Sie kann dennoch – gerade in Kombination mit der ständig drohenden Eskalationsgefahr – zu einer beträchtlichen friedenssichernden Wirkung führen.

In diesem Zusammenhang muss die These von Graf Baudissin, der Trennung von Kriegführung und Kriegsverhütung, kritisch betrachtet werden. Er hat verschiedentlich dargetan, dass echte Sicherheit nur durch Entspannungspolitik entstehen könne, und die Sicherheitspolitik ihr deshalb unterzuordnen sei. Das heisse aber, dass man den Krieg nicht mehr als Mittel der Politik sehen dürfe und von einem antagonistisch, konfrontativen Verhältnis zum Gegenüber zu einem kooperativen und transparenten Verhalten übergehen müsse.

Lassen wir zunächst die Kardinalfrage beiseite, ob dieses Gegenüber auch so zu denken bereit wäre, und unterstellen wir, dass die NATO, vor allem die Bundesrepublik Deutschland, der von Baudissin skizzierten

Strategie zustimmen würde. Dann könnte es genügen, dass die strategischen Kräfte der USA den Zweitschlag zu führen imstande wären. Die taktischen Nuklearwaffen in Europa dienten nicht der Kriegführung, sondern lediglich dem «linkage» und eine relativ kleine, aber hochgerüstete Streitmacht grenznah aufgestellt, würde eine abhaltende Wirkung erzielen, weil sie den angriffslustigen Gegner zu einem intensiven Kräfteansatz zwänge, der zugleich ein deutliches Zeichen für dessen Kriegswillen wäre, was wiederum der sogenannten MAD (Mutual Assured Destruction), der gegenseitigen und garantierten Zerstörung seines Hinterlandes rufen würde. Diese konventionellen Kräfte hätten also in einem ständigen hohen Bereitschaftsgrad zu stehen, brauchten aber nicht durch eine umfassende Mobilmachung verstärkt zu werden. Die Industrie hätte keine Kriegsvorbereitungen zu treffen, und der Zivilschutz, die Civil Defense, könnte sich auf die Vorbereitung von Katastrophenhilfe im Frieden beschränken.

Eine theoretisch mögliche Strategie? Gewiss, wenn man weiterhin an die absolut kriegsverhütende Wirkung der MAD zu glauben bereit ist. Und zweifellos ein Modell, das darauf abzielt, aus der Sackgasse militärischer Anstrengungen herauszukommen, die von der Gegenseite mit Leichtigkeit als Kriegsvorbereitung mit Angriffsabsichten interpretiert und propagandistisch ausgeschlachtet werden können.

Aber die Trennung, die Graf Baudissin vornimmt, lässt sich in dieser Art kaum verwirklichen. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Zunächst einmal den psychologischen. Man denke sich die baudissinsche Lösung verwirklicht. Wäre ihr Ergebnis wirklich ein Sicherheitsgefühl? Würde man nicht ganzen Völkern zumuten, einzig auf den funktionierenden Mechanismus einer nuklearen Abschreckungsstrategie abzustellen, obwohl sie diesen Mechanismus weder völlig durchschauen noch irgendwie beeinflussen könnten? Bei jeder neuen Waffe, die in Dienst gestellt würde, bei jedem Abkommen zwischen den Supermächten, bei jedem technischen Durchbruch ohnehin, müssten sie sich fragen, ob ihr Schutz nun hinfällig geworden sei. Die Abhängigkeit von einer fremden Regierung, von einem fremden Staatsoberhaupt, das verpflichtet ist, in erster Linie die Interessen des eigenen Volkes zu wahren, wäre vollkommen. Auch wenn das Modell Baudissins an der Grenze nicht nur einen Stolperdraht möchte, sondern die Auslöserfunktion stärkeren Kräften übertragen will, stünde die alte Problematik der «massive retaliation» erneut zur Diskussion.

Dabei ist sie es – aus geradezu dramatischen Gründen – im Zusammenhang mit SALT II schon heute. Die USA haben sich mit dem Verzicht auf beziehungsweise der Erstreckung einer ganzen Reihe von strategischen Waffenprogrammen wie den Bomber B-1, die MX-Rakete und

eine ganze Familie von Marschflugkörpern der strategischen Handlungsfreiheit bis weit in die achtziger Jahre weitgehend begeben. Sie haben damit den Zustand eingeleitet, den Kissinger am 31. Juli 1979 vor dem Senatsausschuss für SALT eindringlich wie folgt beschrieben hat: «Ich wiederhole, dass es für die momentane Beurteilung unnötig ist zu diskutieren, ob die Sowjetunion wirklich das Risiko eines Krieges im globalen Rahmen laufen will; es ist schwerwiegend genug, wenn die sowjetische Bereitschaft, in regionalen Konflikten Risiken einzugehen, erhöht wird ... Die Seite, die ihre Interessen nur mit der Drohung der gegenseitigen Vernichtung der Zivilbevölkerung verteidigen kann, wird Schritt für Schritt der strategischen und damit auch der geopolitischen Paralyse entgegengleiten.»

Dazu kommt die offensichtliche Schwäche der atlantischen Allianz bei den Atomwaffen des europäischen Kriegstheaters. Den neuen, treffsicheren sowjetischen SS-20 und dem Backfire-Bomber kann noch auf Jahre hinaus nichts Gleichwertiges gegenübergestellt werden. Die strategische Hauptfrage unserer Zeit, einen Atomkrieg zu vermeiden, ohne einer atomaren Erpressung zu erliegen, scheint schwerer lösbar als je zuvor.

Es ist hier nicht der Ort, zu diskutieren, ob der seit der Ära des amerikanischen Verteidigungsministers Schlesinger eingeleitete Ausweg, selektive strategische Atomschläge gegen feindliche Waffenstellungen führen zu können, diese Problematik entscheidend mildert. Aber die Absicht einer sogenannten «erweiterten Abschreckung» ist ein weiteres Indiz dafür, dass die «Mutual Assured Destruction» keineswegs der Weisheit letzter Schluss mehr sein kann, sofern sie es überhaupt jemals war. Vor allem auch deswegen, weil der Osten mit seiner rätselhaften starken Aufrüstung in allen militärischen Bereichen das westliche Abwehrsystem in seiner ganzen Breite herausfordert. Auch ein Relativieren dieser ständig zunehmenden militärischen Macht kann nicht beruhigen. Sicher haben auch die WAPA-Streitkräfte ihre Probleme; sicher ist nicht alles hochmodernes Material, das jenseits ihrer Grenzen bereitgestellt wird. Daraus abzuleiten, dass der Osten keine «Blitzkriegskapazität» besitze, dass er nicht imstande wäre – gerade mit der von Baudissin geschilderten Organisation – innert kurzer Zeit wesentliche Faustpfänder zu besetzen, scheint hingegen reichlich optimistisch.

Wenn man sich aber nicht auf Risiken einlassen will und für den schlimmsten Fall gewappnet sein möchte, was jede Regierung ihrem Volke wohl auch schuldig ist, was ist dann zu tun? Dann bleibt doch wiederum kaum etwas anderes als die Vorbereitung auf den Fall, wie ein Kampf zu führen wäre, wenn die Abschreckung versagt. Dann müssen Raum, Kraft

und Zeit wenigstens planerisch in ein optimales Verhältnis gebracht werden. Dann ist der militärische Erfolg, mindestens in seiner schwächsten Form als Abwehrsieg angestrebt, in den Bereich des Möglichen zu rücken.

*

Ist damit die Entspannungspolitik tangiert? Wenn dem potentiellen Gegner vor Augen geführt wird, dass er mit militärischen Mitteln keine Erfolgschancen hat, wird er damit herausgefordert? Müssen zwangsläufig Feindbilder aufgebaut werden, um dieses Ziel zu erreichen?

Die Schweizer Armee als reines Defensivinstrument kann hierauf eine Antwort geben. Sie geht von der potentiellen Gefährdung aus, ohne irgendeinem Staat oder einer Nation mehr Aggressionsabsichten zu unterschieben als dieser Staat oder diese Nation durch Propaganda oder durch Aufrüstung selbst zu verstehen geben. Kaum jemand aber hält sich darüber auf, wenn das militärische Potential, das in Europa bereitsteht und in irgendeiner Konstellation gegen die Schweiz zum Tragen kommen könnte, nüchtern beurteilt und den eigenen Möglichkeiten gegenübergestellt wird. Irgendwelche Stimulation des Hasses ist damit nicht verbunden.

Ein Fremder wird erst zum Feind, wenn er die schweizerischen Grenzen mit Gewalt überschreitet. Dann aber – und darüber gibt es im Volke kaum einen Zweifel – muss ihm mit aller zur Verfügung stehenden Macht entgegengetreten werden.

Die Schweiz hofft auf das Weiterbestehen eines ausgewogenen strategischen Gleichgewichts, das den Atomkrieg verhindert; sie sieht die stabilisierende Wirkung der taktischen Atomwaffen in Europa, die Ungewissheit in Abschreckungseffekte umwandeln; und sie würde alle echten Fortschritte in der Frage einer ausgewogenen beidseitigen Truppenreduktion begrüssen. Dennoch ist die Aufrechterhaltung einer schlagkräftigen Armee, die mindestens einem konventionellen Stoss in oder durch die Schweiz mit Aussicht auf Erfolg entgegentreten kann, unbestritten. Nicht nur die traditionsreiche Doktrin der bewaffneten Neutralität verpflichtet das Land hiezu; ebenso sehr ist sie eine Folge der allgemeinen Überzeugung, im äussersten Notfall nicht einfach ausgeliefert zu sein, und die sicherheitspolitischen Ziele der Unabhängigkeit, der Behauptung des eigenen Territoriums und des Schutzes der Bevölkerung vor feindlichem Zugriff primär aus eigener Kraft verfolgen zu können.

In letzter Zeit ist in der europäischen Wehrdiskussion viel von Raumverteidigung die Rede. Man will sie auf verschiedenste Art verwirklichen. Mit möglichst wenig Schäden für das eigene Land und unter möglichst kleinem militärischem Aufwand will man dem zu erwartenden modernen

und hoch mechanisierten Gegner entgegentreten. Ahfeldt und Brossolet, um nur zwei Autoren zu nennen, aber auch andere, möchten der Schlacht ausweichen, die man sich nicht mehr zu schlagen beziehungsweise nicht zu gewinnen getraut. Hier aber werden Kriegführungsstrategien beschworen, die nicht nur darum gefährlich sind, weil sie – entgegen aller kriegerischen Erfahrung – auf die Konzentration der Kräfte am entscheidenden Ort verzichten, sondern weil sie die eigenen Möglichkeiten und Risiken vor das militärische Ziel stellen. Dieses aber heisst primär, den Gegner von einem Angriff abzuhalten, indem man ihm vor Augen führt, dass er sein Ziel, wie immer es auch geartet sein könnte, nicht oder nur unter überdimensionierten Verlusten an Menschen, Material, Geld und Zeit erreichen könnte. Es gibt in diesem Sinne glaubwürdige Kriegführungsstrategien, deren kriegsverhindernde Wirkung grösser ist als ausschliesslich auf Kriegsverhütung ausgehende Doktrinen, die auf den wackligen Beinen mutmasslicher feindlicher Überlegungen und unerprobter strategischer Mechanismen stehen. Allerdings ist die Bereitschaft zum letzten Opfer, um der Unabhängigkeit willen, ihre erste und wichtigste Voraussetzung.

Eine Armee, die es – wie die schweizerische – sich zutraut, dem Gegner das Erreichen seiner operativen Ziele zu verwehren, und die zu diesem Zwecke ihre Kräfte voll auf das Sperren von Achsen und das Absorbieren feindlichen Potentials ausrichtet, die aber auch fähig ist, dort, wo nötig, kraftvolle Gegenschläge zu führen, schützt das eigene Land besser, als eine zum vorneherein auf das Preisgeben und Hinhalten eingestellte Streitmacht. Was nämlich, wenn die erhoffte Hilfe ausbleibt, wenn weder die atomare Zerschlagung des feindlichen Potentials noch selektive Atomschläge ausgelöst werden? Dann bleibt lediglich die völlige Vernichtung des Gegners durch Dritte oder die Kapitulation, und wir sind wieder dort, wo niemand von uns hin will, bei der Unterwerfung unter denjenigen, der seine militärischen Mittel entsprechend seiner ideologisch-politischen Überzeugung gekonnter und kühner einzusetzen gewillt ist.

Krieg führen können, um nicht Krieg führen zu müssen oder anders ausgedrückt: Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft ist deshalb eine nach wie vor gültige Formel gerade für die konventionelle strategische Ebene. Sie ergänzt die atomare Abschreckung in jenem Bereich, wo letztere unglaubwürdig wird. Fraglich ist lediglich, ob es nicht Formen dieser Verteidigungsbereitschaft gibt, die nicht provokativ wirken beziehungsweise die keiner Kriegspsychose Vorschub leisten und damit sinnvolle Entspannungsprozesse fördern. Hier liegt ein wichtiger Ansatzpunkt, den zu verfolgen sich lohnt.

Allerdings sind die bisherigen Erfahrungen mit solcher Beschränkung

wenig ermutigend. Nach dem Ersten Weltkrieg hat man bereits versucht, Offensiv- und Defensivwaffen auseinanderzuhalten. Das konnte aus naheliegenden Gründen nicht spielen. Beinahe jedes Kriegsinstrument lässt sich in beiden Richtungen verwenden. Nachdem auch Gegenangriffe, Gegenschläge, ja sogar präventive Schläge zur Verteidigung gehören, ergeben auch sehr sorgfältige Definitionen kein eindeutiges Resultat. Dazu kommt als ein Paradox des Atomzeitalters, dass beispielsweise ein auf den ersten Blick rein defensives Raketenabwehrsystem Offensivqualität besitzt, weil es als Instrument den Zweitschlag des Gegners aufzufangen, den eigenen Erstschlag und damit die Offensive unter Umständen erst möglich macht.

Erfolgversprechend ist daher der Ansatzpunkt bei der Logistik. Angriffskriege lassen sich nur führen, wenn der Versorgungsapparat der Streitkräfte raschen und weitreichenden Verschiebungen folgen kann. Transportkapazitäten, Pipelines, ein ausgeprägtes Feldeisenbahnwesen weisen auf bewegliche Kriegführung im grossen Stil, die unter Umständen über den Verteidigungsbedarf hinausgeht, obwohl auch diese auf Beweglichkeit beruhen kann. Es wäre interessant, den logistischen Apparat der NATO und denjenigen des Warschauerpaktes einmal unter diesem Aspekt gegenüberzustellen.

Jedenfalls unverdächtig ist die Logistik einer Territorialverteidigung wie diejenige der Schweizer Armee. Die Doktrin, den Abwehrkampf auf eigenem Boden zu führen, wird durch den logistischen Aufbau erhärtet. Die Kampfräume sind eingerichtet, die Depots mit den wichtigsten Versorgungsgütern Munition, Verpflegung, Treibstoff, Ersatzteile bereits heute grösstenteils dezentralisiert. Ein Nachschubsystem über weite Strecken existiert nicht, auch wenn selbstverständlich dafür gesorgt ist, dass in allen denkbaren Varianten der Kampfführung die Nährung des Kampfes sichergestellt bleibt. Diese Ausrichtung auf den Kampf im eigenen Land ist so konsequent, dass sie zuweilen sogar das operative Denken beeinträchtigt. Die militärische Wahrheit, dass selbst die strategische Abwehr nur dann erfolgreich geführt werden kann, wenn der Verteidiger mindestens im taktischen Rahmen zu offensiven Gegenaktionen fähig ist, wird leider in geradezu gefährlicher Weise immer wieder in Frage gestellt.

Zugegeben, kleinstaatliche Verhältnisse und Ausdehnungen erleichtern die Anwendung und die Verifizierung dieses Prinzips. Aber das Körnchen generelle Wahrheit, das in solchen Überlegungen steckt, unterstreicht immerhin noch einmal die These, dass es auf Kriegführung angelegte Armeen gibt, die dem Kriegsverhütungsgedanken in keiner Weise zuwiderlaufen. Sie wären unseres Erachtens einer vertieften Untersuchung wert.